



DEMOKRATIE LEBEN UND GESTALTEN DEUTSCH-TUNESISCHER JUGENDAUSTAUSCH 2017

Die Association Tunisienne pour l'animation Culturelle Jeunesse et Loisirs (ATACJL) und das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. (GESW) blicken auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit zurück, die 2013 mit dem ersten Jugendaustausch „Demokratie leben und gestalten“ begann. In den vergangenen Jahren begegneten sich im Rahmen des Programms ca. 100 junge Menschen aus Tunesien und Deutschland. Sie nutzten die Gelegenheit zum intensiven Austausch über politische, wirtschaftliche und soziale Fragen. Die Begegnung fand in diesem Jahr in den Semesterferien als zweiwöchige Blockveranstaltung in Hammam Sousse und Vlotho sowie Berlin statt. Bei der Ausschreibung des Programms wurde explizit darauf hingewiesen, dass sich die ausgewählten Teilnehmer*innen für beide Projektteile verpflichten. Die Ausschreibung erfolgte frei, die Teilnehmer*innen begründeten ihr besonderes Interesse für die Maßnahme. Die Ausschreibung wurde Ende Mai nach Eingang des Zuwendungsbescheids seitens des Bundesverwaltungsamts veröffentlicht. Trotz der recht kurzen Bewerbungsfrist von etwas mehr als zwei Wochen bekundeten mehr Personen ihr Interesse als Programmplätze vorhanden waren. Es bewarben sich jedoch deutlich mehr junge Frauen als Männer für den Austausch. Nach Durchsicht der Bewerbungen wählten die Seminarleitung, Chokri Jegham und Navina Engelage, die Teilnehmer*innen aus. Bei der Auswahl wurde insbesondere auf Motivation und Engagement geachtet. Ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter wurde angestrebt, aber aufgrund der Bewerberlage nicht gänzlich erreicht. Alle Beteiligten nahmen von Anfang bis Ende am Programm teil. Dies förderte einen kontinuierlichen, intensiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch über die Seminarthemen gesellschaftlicher Wandel, Transformation, Partizipation und Demokratie.



Hammam Sousse: 26.08.-02.09.2017

Die erste Woche des Begegnungsseminars fand 2017 in Tunesien statt, die zweite in Deutschland. Dieser Ablauf ermöglichte erfreulicherweise den Besuch des Opferfestes in den tunesischen Gastfamilien. Wegen der bevorstehenden Feierlichkeiten mussten allerdings zwei ursprünglich für Donnerstag geplante Termine verlegt werden, eine Verabredung (Verein Karama) wurde noch kurzfristig abgesagt. Trotz Terminverlegungen und einer Absage konnten alle inhaltlichen Vorhaben wie angekündigt umgesetzt werden. Zusätzlich bot ein tunesischer Teilnehmer eine halbstündige Sprachanimation an drei

Tagen in Hammam Sousse und an zwei Tagen in Vlotho an, die viel Freude bereitete und anfängliche Berührungsängste schnell abbaute. Auch in Deutschland musste das Programm aufgrund von Termenschwierigkeiten angepasst werden: Das Gespräch mit dem Vlothoer Landtagsabgeordneten wurde um zwei Tage verschoben. Eine Gruppenanfrage für ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt wurde leider abgelehnt und ein Ausweichtermin im Bundestag arrangiert.

Am ersten gemeinsamen Abend im Hotel Dreams Beach stand das gegenseitige Kennenlernen, das Formulieren von Erwartungen und Befürchtungen sowie die Verabschiedung einer gemeinsamen Projekt-Charta im Vordergrund. Die Teilnehmer*innen erhofften sich vertiefte Kenntnisse der politischen Strukturen in Tunesien und Deutschland sowie gute und intensive Gespräche über die Entwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Sie wollten ihr Land und ihre Lebensweise vorstellen sowie eine andere Kultur besser kennenlernen, neue Freund*innen finden und ihre Fremdsprachenkenntnisse verbessern. Sie äußerten den Wunsch nach fairer Kommunikation in der Gruppe und die Sorge, dass es auch zu kulturellen Missdeutungen bzw. sprachlichen Missverständnissen kommen könnte.

Am zweiten Tag wurde die deutsch-tunesische Gruppe im Rathaus von Hammam Sousse empfangen und bekam die Gelegenheit, über die anstehenden Kommunalwahlen in Tunesien mit Vertreter*innen der ISIE in Sousse (L'Instance Supérieure Indépendante pour les Élections) und der NGO „SAWTY – My Voice“ zu sprechen. Die Hohe Wahlbehörde ISIE ist eine öffentliche Einrichtung, deren Hauptaufgabe es ist, für allgemeine, freie, transparente und demokratische Wahlen und Volksabstimmungen zu sorgen. Die Spitze der Behörde ist vom Parlament ernannt worden. Der Präsident und das Parlament haben aber keine weiteren Eingriffsrechte. ISIE ist finanziell und administrativ unabhängig. Während ISIE für die landesweite Vorbereitung und Kontrolle der Wahlen zuständig ist, ist IRIE (L'Instance Regionale Indépendante pour les Élections) für einen reibungslosen Ablauf auf kommunaler Ebene verantwortlich. Die Mitarbeitenden der Behörden sind zumeist Anwälte oder Wissenschaftler*innen, eine Parteimitgliedschaft ist ihnen untersagt. Ihnen obliegen u.a. folgende Aufgaben: Registrierung der Wähler*innen, Entgegennahme von Kandidaturen, Prüfung der Finanzierung von Wahlkampagnen, Akkreditierung von Wahlbeobachter*innen und Journalist*innen, Kontrolle des Wahlprozesses, Supervision des Wahltages sowie die Dokumentation der Ergebnisse. Während der Diskussion mit dem Referenten Karim Kalboussi stellte sich heraus, dass die Vorbereitungen der Kommunalwahlen längst nicht abgeschlossen waren. Ein Gesetz, das die jeweiligen Kompetenzen und Befugnisse der staatlichen Ebenen (Land, Bezirke, Kommunen) als auch die Finanzierung der Wahlen klärt, wurde bis dato nicht im Parlament verabschiedet. Den tunesischen Teilnehmer*innen bereitete die zu erwartende geringe Wahlbeteiligung – vor allem in ländlichen Regionen – große Sorge. Gerade junge Erwachsene hatten sich noch nicht für die Wahl registriert. Die Jugendorganisation „SWATY – My Voice“ hatte versucht, diese Gruppen zur Registrierung und zu Beteiligung an der Wahl zu bewegen. So organisierte sie das Fußballturnier „Voters' Championship“ und den Bus 17, mit dem sie in abgelegene Gegenden fuhr, um politische Aufklärungsarbeit zu leisten. Obwohl die Beteiligten oft auf Resignation und starke Unzufriedenheit mit der Zentralregierung trafen, ließen sie sich nicht demotivieren und machten mit ihren Aktionen zur Wahl weiter, bekräftigte die SWATY-Aktivistin Veronika Knaz. Die Organisation wendet sich vor allem an junge Menschen und möchte sie zum zivilgesellschaftlichen Engagement ermutigen und befähigen. Sie bietet

Rhetoriktrainings und politische Akademien an. Ihre Arbeit zielt auf die Einbindung junger Menschen in die tunesische Gesellschaft und Politik.

Nach dem Besuch im Rathaus unternahmen die Teilnehmer*innen eine ausgedehnte Stadt- und Foto-Rallye in gemischt-nationalen Kleingruppen in Hammam Sousse, die nicht nur dem Erkunden des Ortes, sondern auch dem besseren Kennenlernen untereinander und dem Abbau von noch bestehenden Kommunikationsbarrieren diene.

Am dritten Tag unternahm die deutsch-tunesische Gruppe eine Exkursion in die Stadt Kairouan - einst ein wichtiges Zentrum von islamischer Gelehrsamkeit, seit 1988 auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes. Die Besuche der Hauptmoschee und des Grabes des Prophetengefährten Sidi Sahbi gaben den Anstoß für intensive Gespräche über die Rolle des Islams in der tunesischen Gesellschaft. Ein Tunesier schilderte die große Bedeutung der Fastenzeit, selbst für Menschen, die sich nicht als religiös bezeichneten. Während des Ramadans nehme das Leben einen anderen Lauf. Tagsüber sei es ruhiger, weil man faste. Geschäfte und staatliche Einrichtungen seien nur für wenige Stunden am Tag geöffnet. Abends treffe man sich mit der Familie zum Fastenbrechen. Der Lebens- und Geschäftsrhythmus sei ein anderer, so sein Resümee.

Beim anschließenden Besuch des Grabes von Habib Bourguiba - dem ersten Staatspräsidenten der Tunesischen Republik - wurden Differenzen bezüglich der Rolle der Religion unter den Tunesier*innen besonders deutlich. Bourguiba förderte den Säkularismus. Während seiner Amtszeit (1957-1987) veränderte sich die gesellschaftliche Stellung der Frauen, sie bekamen das Wahlrecht, die Viehlehe wurde abgeschafft, die Scheidung legalisiert und freier Zugang zu Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Gleichzeitig unterdrückte der Präsident die islamische Opposition, enteignete Grundbesitz in den Händen islamischer Einrichtungen und missbilligte muslimische Tradition, wie das Tragen des Schleiers. Im Schulunterricht werde Bourguiba stets sehr positiv dargestellt, berichtete ein Tunesier. Er habe über Bourguibas Kontrahenten erst später etwas erfahren. Er glaube aber heute, dass ein Land in die Unabhängigkeit zu führen auch Opfer bedeute. Bourguiba habe gegen seine Widersacher vorgehen müssen, um in Tunesien Ruhe herzustellen. Für die einen war er Verräter, für die anderen Reformier.

Am vierten Tag hatten die Teilnehmer*innen die Gelegenheit mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in Hammam Sousse ins Gespräch zu kommen. Der Rote Halbmond und Amnesty International boten wertvolle Einblicke in ihre Arbeitsweise, Tätigkeitsfelder und Projekte, und die Gespräche dienten dem vertieften Erfahrungs- und Gedankenaustausch über Bürger-, Menschen- und Frauenrechte. Wassim Jomaa vom Roten Halbmond erläuterte zunächst die Mission der Rote-Kreuz- und Rote-Halbmond-Bewegung, also den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Würde sowie die Verminderung des Leids von Menschen in Not ohne Ansehen von Nationalität und Abstammung oder religiösen, weltanschaulichen oder politischen Ansichten der Betroffenen und Hilfeleistenden. Dabei unterstrich er, dass die Bewegung unabhängig von staatlichen Institutionen und auf Basis von freiwilliger Hilfe agiere. Die Arbeit in Hammam Sousse wird finanziert durch die nationale Gesellschaft, das Internationale Rote Kreuz, Sponsoren und die Einnahmen aus Veranstaltungen vor Ort. Nach der Zusammensetzung der Mitgliedschaft gefragt, merkte Herr Jomaa an, dass sich immer mehr junge Menschen, darunter viele Frauen, einbrächten. Von den ca. 200 Freiwilligen seien 80% Jugendliche bzw. junge Erwachsene. Daraufhin erwiderte eine deutsche Teilnehmerin, sie bekäme zunehmend Eindruck, in Tunesien nahmen die jungen Leute die schlechten Zustände wahr und wollten dagegen aktiv etwas tun. In Deutschland aber werde oft der Staat tätig und Sorge für das Wohl der Menschen, ehrenamtliches Engagement sei nicht zwingend erforderlich. Auch der Vertreter von Amnesty, Ramzi Knaz, stellte die Arbeit der Ehrenamtlichen und ihre Vernetzung in der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt seines

Beitrages. Amnesty sei nach wie vor eine Grasswurzelbewegung, auch wenn in der Zentrale in Tunis mittlerweile Hauptamtliche beschäftigt seien. Herr Knaz beschrieb ausführlich einige Aktivitäten, wie z.B. die Kampagne „My Body, my Rights“, mit sich der Amnesty für die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung stark macht. Eine tunesische Teilnehmerin skizzierte später einen Vergewaltigungsfall, der im Jahr 2016 große Aufmerksamkeit in Tunesien erregte. Eine 13-jährige wurde von einem 20-jährigen Verwandten vergewaltigt und geschwängert. Der Täter wurde zunächst von einem tunesischen Gericht mit der Auflage freigesprochen, das Opfer zu heiraten. Nichtregierungsorganisationen protestierten, der Fall ging durch die Talkshows. Am Ende wurde eine nach dem Gerichtsurteil angesetzte Hochzeitsfeier abgesagt, nachdem die staatliche Kinderschutzbehörde sich eingeschaltet hatte. Dank des Drucks der Öffentlichkeit wurde das Gesetz aus dem Jahr 1958 in sehr kurzer Zeit verändert. Das neue Gesetz stellt jegliche Gewalt gegen Frauen oder Mädchen unter Strafe. Am Nachmittag organisierte Herr Jegham einen Teamparcours am Strand, bevor die Gruppe nach Port Elkantaoui fuhr, um den Abend gemeinsam auf der beliebten Ausgehmeile zu verbringen. Unterwegs trafen wir zufällig weitere Ehrenamtliche des Roten Halbmonds. Über das deutsch-tunesische Austauschprojekt bestens informiert, zeigten sie uns stolz ohne langes Zögern den Rettungswagen und die medizinische Ausrüstung.

Am fünften Seminartag brachen wir sehr zeitig nach Tunis auf, um das renommierte Arabische Institut für Menschenrechte zu besuchen. Dankenswerterweise nahm sich der Leiter des Instituts, Prof. Abdelhasset Ben Hassan, viel Zeit für unsere Gruppe und erläuterte in ausgezeichnetem Englisch die Aufgaben des Instituts, das unter anderem mit der UNO, der UNESCO, der High Commission of Refugees und weiteren zehn internationalen Organisationen kooperiert. Das strategische Ziel ist die Analyse der universell geltenden Menschenrechte in den arabischen Staaten. Hierzu werden Schulungen durchgeführt und es existiert ein Netz von Beauftragten in 14 arabischen Staaten. Beobachtet wird die Situation der (politischen) Gefangenen, man unterstützt ggf. Reformmodelle und mischt sich auch in aktuelle politische Diskussionen zur Menschenrechtslage ein. Zunehmend werden auch bisher tabuisierte Themen wie die Lage von Minderheiten oder die Gleichstellung von Frauen und Männern behandelt. So versucht das Institut auf die Reform des Schulsystems Einfluss zu nehmen, die politische Bildung in den Schulbüchern zu verankern und ein Bewusstsein für die Themen Frauenrechte und Rechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern. In der Aussprache zeigte sich Herr Ben Hassan nachdenklich. Obwohl fast alle Parteien im tunesischen Parlament das vom Menschenrechtsinstitut erarbeitete Strategiepapier zur Schulreform unterzeichnet haben und der Human Rights-Pakt damit auf dem Papier stehe, sei das Konzept der Menschenrechte längst noch nicht in den Herzen vieler Politiker*innen angekommen. Es gelte nach wie vor, die Kooperation mit den Unterstützer*innen in der Zivilgesellschaft und den Parteien zu stärken und die Menschen zu überzeugen, so Herr Ben Hassans Einschätzung. Im Anschluss besuchten wir das tunesische Parlament und erhielten von der Besucherreferentin einen Überblick über die Aufgaben, die Arbeitsweise und die Zusammensetzung des Parlaments.

Am Nachmittag erkundete die Gruppe die Medina von Tunis und das Künstlerdorf Sidi Bou Saïd, nordöstlich der Hauptstadt gelegen. Die Orte hätten nicht gegensätzlicher sein können: Tunis war voller Menschen, man fühlte sich beinahe eingeeengt in den Straßen und Gassen; auf größeren Plätzen und vor öffentlichen Gebäuden fiel die hohe Polizei- und Militärpräsenz auf. Im Kontrast dazu stand Sidi Bou Saïd, ein gemütliches, ruhiges Dorf, dessen Tourismus nach den Terroranschlägen stark zu leiden schien. Sowohl auf den Straßen als auch in Cafés und Restaurants waren nur wenige Menschen anzutreffen.

Am sechsten Tag lernten wir die Altstadt von Sousse kennen. Mit großem Engagement präsentierten uns die tunesischen Teilnehmer*innen ihre Kulturdenkmäler. Sehr oft

erkundigten sie sich, wie uns Tunesien gefalle und ob wir uns wohl fühlten. Nach positiver Antwort regten sie an, von unseren hier gemachten guten Erlebnissen in Deutschland zu erzählen und unsere Verwandten und Bekannten nach Tunesien einzuladen. Immer wieder wurde deutlich - ob bei Familienbesuchen oder beim interkulturellen Abend - dass die Tunesier*innen stolz auf ihr Land und die gute touristische Infrastruktur sind und hoffen, mit positiven Berichten im Ausland mehr Tourist*innen nach Tunesien zu holen. Die Anschläge von 2015 haben dem Tourismussektor stark zugesetzt, insbesondere die Besucherzahlen aus Westeuropa sind gesunken.

Nach der Rückkehr am Nachmittag traf die Gruppe Imam Mohamed Amine Waslati aus Hammam Sousse und Jamel M'ssaalem, den Präsidenten der Tunesischen Menschenrechtsliga und kam mit ihnen über die Situation des Islams und die gesellschaftliche Veränderungen seit der Jasminrevolution ins Gespräch. Herr Waslati, der seit gut sechs Jahren als Imam in Tunesien lehrt, hat kein Studium an einer theologischen Hochschule absolviert. Er ist Autodidakt und hat eine staatliche Qualifikationsprüfung in Tunis abgelegt. Zur Prüfungsvorbereitung, so erzählte er, habe man sich mit Lerngruppen im Geheimen getroffen und diskutiert. Inzwischen ist die Situation für Imame in Tunesien entspannter, er könne sich mit Kollegen nun offiziell austauschen und selbstständig arbeiten. Später, noch einmal angesprochen auf die heutige Rolle des Staates, räumte Imam Waslati ein, er müsse zwar nicht mehr den autoritären Kontrollanspruch der Regierung Ben Ali fürchten, aber zum Selbstschutz filme er, die unter seiner Leitung durchgeführten Gemeinschaftsgebete und stelle sie ins Internet. Damit versuche er, eine größtmögliche Öffentlichkeit herzustellen, um sich selbst vor denkbaren Angriffen zu schützen. Kritisch sah er die derzeit diskutierten Reformideen von Präsident Essebsi, der die Ehe von muslimischen Tunesierinnen mit Nicht-Muslimen erlauben, das islamische Erbrecht reformieren und die Rechte der Frauen stärken will. Dahingegen setzt sich Herr M'ssaalem von der Menschenrechtsliga für die gleiche Rechte von Männern und Frauen in der Familie und Gesellschaft ein. Er unterstütze die Reformen des Präsidenten ausdrücklich. Dass Frauen den gleichen Anteil in der Familie erben sollen wie Männer, stieß auch in der Gruppe auf Widerstand. Ein junger Tunesier entgegnete, es gebe nun mal Regeln im Islam, die nicht verändert werden dürften. Das Erbrecht sei im Koran detailliert ausgeführt, der Mann trage die finanzielle Last der Familie und erbe daher doppelt so viel wie die Frau. Seine Anmerkung zeigte die Differenzen innerhalb der Gruppe der Teilnehmer*innen deutlich auf.

Die Stellung der Frau in konservativen muslimischen Familien spiegelte auch ein Erlebnis wieder, das eine deutsche Teilnehmerin mir später beschrieb. Am siebten Tag verbrachten die deutschen Teilnehmer*innen den ersten Tag des Opferfestes bei ihren tunesischen Austauschpartner*innen. Sie war in einer der Familien, die großen Wert darauf legte, rituell ein Tier zu schlachten. Während des anschließenden Festmahls unterhielten sich einige Familienmitglieder mit ihr. Der Vater zeigte zwar Interesse an Deutschland, vermied es jedoch, sie direkt anzusehen bzw. anzusprechen. Der Sohn dolmetschte.

Am späten Nachmittag erfolgte die Auswertung des ersten Seminarteils im Hotel. Sie fand zum Teil im Gruppengespräch offen, zum Teil schriftlich und anonym statt, um eine ehrliche Bewertung zu gewährleisten. Besonders hoch bewerteten die Teilnehmer*innen das Gespräch mit dem Imam, den Aufenthalt in den Gastfamilien und die Präsentation der NGO „SAWTY – My Voice“. Zum Teil wurde der Zeitplan kritisiert. Sowohl die Tunesier*innen als auch die Deutschen wünschten sich mehr freie Zeit zur persönlichen Verfügung – vor allem in den Städten. Sie hätten gern einen Abend in Tunis verbracht und dort übernachtet, das ist allerdings aus Kostengründen nicht realisierbar gewesen. Um die Kosten möglichst gering zu halten, hatte der tunesische Seminarleiter Halbpension im Hotel gebucht. Die Verpflegung im Hotel wurde von einzelnen bemängelt, die sich gern öfters außerhalb des Hotels aufgehalten

hätten und gern mehr „echte tunesische Küche“ genossen hätten. Am letzten Abend in Tunesien gingen die meisten Teilnehmer*innen früh zu Bett. Denn am Samstagmorgen fuhr der Bus zum Flughafen um 5.00 Uhr ab.

Vlotho/Berlin 02.09.-09.09.2017

Die Verpflegung in Deutschland und die Speisevorschriften im Islam sollten zum ersten großen Thema in Vlotho werden. Da Halāl-Fleischprodukte durch Schächten produziert werden, das in Deutschland nur unter strengen Auflagen möglich ist, bietet das GESW kein derart geschlachtetes Fleisch an. In den vergangenen Programmjahren war dies unkritisch und wurde nicht problematisiert. Besondere Essgewohnheiten wurden im Vorfeld abgefragt und so gut wie möglich in Deutschland und Tunesien berücksichtigt. Doch leider stellte sich in diesem Jahr beim ersten gemeinsamen Essen in Vlotho heraus, dass einige Tunesier*innen Erwartungen an die Speisen hatten, die die Küche im GESW nicht erfüllt. Das angebotene Fleisch war zwar ausschließlich Geflügel und Rind, aber nicht geschächtet. Am nächsten Morgen versuchte die deutsche Seminarleiterin sogleich, die Lage zu entschärfen und unterbreitete das Angebot, vegetarisch zu essen. Dieses nahm mehr als die Hälfte der Tunesier*innen gerne an, einzelne zeigten sich dennoch enttäuscht über das Essen und die Gastfreundschaft in Deutschland.

Der neunte Seminartag startete mit einem Rückblick auf die Zeit in Tunesien und einem Ausblick auf die Tage in Deutschland. Wir kamen auf unsere Projekt-Charta des ersten Tages zurück und riefen uns unsere Wünsche und Sorgen in Erinnerung. Für manche erfüllte, der Zusammenhalt der Gruppe noch nicht ihre Erwartungen. Die Beteiligten diskutierten über Maßnahmen zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und regten an, die Workshop-Gruppen täglich neu durch Losverfahren zusammenzustellen, mehr Freizeitaktivitäten für alle zu organisieren und insbesondere noch mehr Englisch als gemeinsame Sprache zu respektieren. Die Seminarleitung reflektierte die Anregungen in der Gruppe und rief die Verantwortung und den Beitrag jeder/jede Einzelnen für das Gelingen des Austauschs ins Bewusstsein.

Im Anschluss leitete Frau Engelage ein World Café ein und animierte die Teilnehmer*innen, über die Themen bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation nachzudenken und miteinander ins Gespräch zu kommen. Dabei stellte sich heraus, dass man innerhalb der Gruppe viele Vorstellungen teilte. Politische Partizipation bedeutet für die jungen Tunesier*innen und Deutschen, sich zu informieren, miteinander zu diskutieren und zu streiten, an Wahlen teilzunehmen, sich in NGOs, Parteien oder im eigenen sozialen Umfeld zu engagieren. Sie wollen sich eigene Räume schaffen, in denen sie Ideen diskutieren und entwickeln können. Um eine Öffentlichkeit und ein stärkeres Bewusstsein für ihre Anliegen zu schaffen, nutzen sie Social Media, aber nehmen auch an Demonstrationen teil, wenn diese friedlich sind. Außerdem stellt die Kunst (Musik, Literatur, Graffitis) für sie ein geeignetes Mittel zur politischen Beteiligung dar. Um erfolgreich zu sein, setzen sie auf soziale Kompetenzen, wie Offenheit, Toleranz und Ehrlichkeit. Sie möchten aber auch gut organisiert und informiert sein, um mit Fakten zu überzeugen. Dabei ist es für sie wichtig, sich stets die eigene Motivation und die eigenen Gründe zu vergegenwärtigen.

Nach angeregten Diskussionen am Vormittag diente eine Stadterkundung (Geocaching) nach dem Mittagessen dem Miteinander. Bei dieser Aktivität in gemischt-nationalen Kleingruppen konnten sich auch die Teilnehmer*innen gut einbringen, die sich im Plenum aufgrund ihrer eher schwachen Englischkenntnisse zurückhielten.

In der anschließenden Seminareinheit „Kulturelle Selbst- und Fremdbilder: Identitäten und Empowerment zu zivilgesellschaftlicher Teilhabe“ regte GESW-Referentin Mariella Gronenthal die Gruppe dazu an, Stereotypen über Deutsche und Tunesier*innen zu reflektieren. Zu diesem Zweck wurden innerhalb der Ländergruppen stereotype Darstellungen beider

Bevölkerungsgruppen gesammelt und miteinander verglichen. Dabei sprach die Gruppe auch über die Entstehung und Verfestigung von Stereotypen, über die Möglichkeit einer positiven Stereotypisierung und über die Zusammenhänge von individueller und (national-/kulturell-)kollektiver Identität. Das sensible Thema sorgte für Spannungen in der Gruppe, die jedoch im individuellen Gespräch zwischen Teilnehmer*innen größtenteils aufgelöst werden konnten und zu einem tieferen Verständnis der anderen Kultur beigetragen haben.

Am zehnten Tag empfing der Bürgermeister von Vlotho, Rocco Wilken, die deutsch-tunesische Gruppe im Rathaus. Sein Impulsvortrag widmete sich sowohl den rechtlichen Rahmenbedingungen seiner Arbeit - wie den Zuständigkeiten und Befugnissen der Kommune, des Bürgermeisters und des Stadtrates - als auch den politischen Herausforderungen Verschuldung, demografischer Wandel, Teilhabe sowie der Integration von Geflüchteten in Vlotho. Bestreben seiner Politik und der Verwaltung sei es, gute Lebensbedingungen und Chancen für die Menschen im Ort zu schaffen - unabhängig von ihrem Alter, Geschlecht und/oder ihrer Herkunft.

Die Frage „Was ist ein gutes Leben?“ beschäftigte unsere Gruppe sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag. Bei der NGO Welthaus Bielefeld informierten wir uns über deren entwicklungspolitische Arbeit und nahmen an einem Workshop teil, der von Dr. Keith Hamaimbo, Promotor für Globales Lernen in der Region Bielefeld, moderiert wurde. In der Auseinandersetzung mit der Frage offenbarten sich zwei Sichtweisen: Für die einen ist Wohlstandsmehrung durch ökonomisches Wachstum möglich; für die anderen stößt nur scheinbar grenzenloses Wachstum an die Begrenztheit der Ressourcen und weiteres Wachstum steigert nicht mehr die Lebenszufriedenheit. Der Workshop war eine gute Hinführung zum thematischen Schwerpunkt des nächsten Tages.

Am elften Tag arbeiteten die Teilnehmer*innen zur Transformation in Mittel-Ost-Europa und in den arabischen Ländern, wobei die DDR und Tunesien im Fokus standen. Nach einem Impulsreferat zur deutschen Teilung und Wiedervereinigung diskutierten die Teilnehmer*innen die Begriffe Freiheit, Sicherheit, Würde und Recht. Ihre Aufgabe war es, ihre Bedeutung und ihren Stellenwert in der Vergangenheit (unter Ben Ali/ im geteilten Deutschland) und Gegenwart zu beschreiben. Die Ergebnisse wurden tabellarisch gegenübergestellt und besprochen. Anschließend wurde die Frage diskutiert, welcher Wert am Wichtigsten sei, um eine Gesellschaft erfolgreich zu transformieren. Sowohl die Deutschen als auch die Tunesier*innen sprachen sich zwar mehrheitlich für die Freiheit als höchstes Gut aus. Allerdings stellten manche Tunesier*innen auch heraus, dass sie die Sicherheit höher schätzen würden als die Freiheit. Denn die terroristischen Anschläge der jüngsten Vergangenheit hätten ihr Denken und Empfinden stark beeinflusst, die Polizei sei schlecht organisiert und korrupt, so dass die Sicherheitslage problematischer sei als vor dem Umbruch 2011.

Am Nachmittag lieferte die Auseinandersetzung mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gute Ansätze, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelungener Transformations- und Integrationsprozesse zu diskutieren. Der Übergang von sozialistischen zu marktwirtschaftlichen Wirtschaftsformen wurde anhand der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1989/90 ausführlich beleuchtet. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der intensiven Diskussion der Entwicklungen und Folgen der Finanz- und Verschuldungskrise in der EU, die ihrerseits wichtige Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft aufweist. In einem weiteren Seminarteil setzten sich die Teilnehmer*innen kritisch mit unterschiedlichen Entwicklungsstrategien auseinander und griffen die Fragestellung des Vortages wieder auf.

Am zwölften Tag standen eine Exkursion nach Münster und ein Termin mit Vertreter*innen des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der dortigen Universität auf dem Programm. Ihre Arbeitsschwerpunkte, die politischen Einflussmöglichkeiten und die starke rechtliche Stellung der studentischen Selbstverwaltung in NRW wurden erläutert und diskutiert.

Anschließend teilten wir uns auf und erkundeten die Innenstadt von Münster auf eigene Faust, um außerhalb des Seminarrahmens informell miteinander in Gespräch zu kommen. Einige gingen in den Paulusdom. Für manche Tunesier*innen war es der erste Besuch einer Kirche. Der gemeinsame Besuch regte ein intensives Gespräch über die Stellung der verschiedenen Religionen in Deutschland und Tunesien an. Andere trafen in der Stadt zufällig auf Wahlkämpfer*innen der SPD, die an diesem Tag den Auftritt von Martin Schulz in Münster vorbereiteten und kamen mit ihnen über das politische System und die Parteienlandschaft in Deutschland und Tunesien ins Gespräch.

Am 13. Tag widmete sich den Zukunftsvorstellungen der Teilnehmer*innen und der Entwicklung von Szenarien für das Jahr 2030. Nach einer Einführung in die Szenarientechnik entwarfen sie Ideen und Geschichten in den Arbeitsgruppen Europa und die Welt (EUWORLD), Wirtschaft, Bildung und Soziales (WISO), Mensch, Umwelt und Technik (MUT) sowie Werte, Kultur und Lebensstile (KULT). Intensiv beschäftigen sich die gemischten Gruppen mit dem Verhältnis zwischen den reichen, privilegierten Ländern des Globalen Nordens und den politisch/ökonomisch benachteiligten Ländern des Globalen Südens. Angeregt diskutierten sie über eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, faire Handelsbeziehungen sowie über die Begriffe Neokolonialismus und Emanzipation. Die Teilnehmer*innen reflektierten noch einmal die Themen Wohlstand und Wachstum des Welthaus-Workshops.

Am späteren Nachmittag besuchte der Abgeordnete Christian Dahm (SPD) das Gesamteuropäische Studienwerk und berichtete über seine Arbeit im NRW-Landtag. Besonderes Interesse weckten seine Ausführungen zur politischen Partizipation und zu Möglichkeiten zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Seine Forderung nach Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre stieß auf ein geteiltes Echo – sowohl bei den deutschen als auch bei den tunesischen Teilnehmer*innen. Sein Vorschlag, das Wahlfenster zeitlich zu öffnen und zudem nicht nur im Wahllokal wählen zu können, befürwortete hingegen die Mehrheit der Diskutant*innen.

Aufgrund des reduzierten Budgets war es 2017 leider nicht mehr möglich, Christian Dahm im Landtag zu besuchen. Die abschließende Exkursion nach Berlin bot aber die Möglichkeit, einen Blick von innen in den Bundestag zu werfen und sich näher mit dem parlamentarisch-föderativen System in Deutschland zu beschäftigen. Am vorletzten Seminartag nahmen wir an einer Führung durch das Reichstagsgebäude teil und hatten die Möglichkeit, sowohl die Besuchertribüne im Plenarsaal als auch Bereiche, die der Öffentlichkeit sonst nicht zugänglich sind, zu besuchen.

Am Abreisetag standen die historisch-politische Stadtrallye und die Auswertung des Austausches auf dem Programm. Die Berlin-Rallye wurde am Morgen in gemischten Kleingruppen absolviert, wobei die deutschen Teilnehmer*innen den Tunesier*innen ihre Hauptstadt vorstellten und erklärten. Dass dabei die historische Teilung der Stadt sowie zahlreiche Gedenkort, in denen auf die düstere Vergangenheit des nationalsozialistischen und kommunistischen Berlins verwiesen wird, von großer Bedeutung waren, war dem übergreifenden Thema unseres Seminars „Demokratie leben und gestalten“ geschuldet. Die Evaluation erfolgte am späten Vormittag in der Jugendherberge in Berlin. Wie bei der Zwischenevaluation hatten die Teilnehmer*innen die Möglichkeit, das Seminar mündlich und

schriftlich zu bewerten. Gemäß den beiden Seminarbewertungen wurden die angestrebten Projektziele in hohem Maße erreicht. Die in beiden Seminaren angebotenen Programmpunkte wurden von den Teilnehmer*innen übereinstimmend durchweg positiv bewertet. 18 von 22 Teilnehmer*innen empfehlen das Seminar uneingeschränkt weiter. Sehr positiv bewertet wurde der offene Gedanken- und intensive Erfahrungsaustausch in gemischt-nationalen Gruppen. Dabei wurde vor allem die Gelegenheit wertgeschätzt, mit verschiedenen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sowie mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und religiösen Hintergründen über ihr Verständnis von Demokratie und Zivilgesellschaft diskutieren zu können. Nicht zuletzt fanden die Gespräche mit dem Bürgermeister und dem Landtagsabgeordneten in Vlotho großen Anklang. Vor allem die Tunesier*innen lobten ihre Aufgeschlossenheit und Offenheit gegenüber jungen Menschen.

Rückblickend muss auch angemerkt werden, dass sich im Verlauf des Seminars die Kommunikation in der Fremdsprache Englisch als zunehmend schwierig herausstellte. Einzelne Tunesier*innen besaßen leider zu geringe Englischkenntnisse, um aktiv am Programm zu partizipieren. Der Umgang mit ihnen teilte die Gruppe der Deutschen in zwei Lager. Ein paar, die sehr gut Französisch konnten, kommunizierten mit den Tunesier*innen in den Workshop-Phasen und in der Freizeit auf Französisch. Das grenzte andere Teilnehmer*innen bedauerlicherweise aus und beeinflusste die Gruppendynamik negativ. Aus dieser Erfahrung gelernt wird die Seminarleitung bei einer zukünftigen Ausschreibung auf die Notwendigkeit von guten Englischkenntnissen explizit hingewiesen und bei der Auswahl der Teilnehmer*innen auf diese Kenntnisse besonders Wert legen.

In der abschließenden Teilnehmerbefragung wurde die Teilnehmer*innen gefragt, was politische Partizipation für sie persönlich heiße. Dabei wurden folgende Antworten gegeben:

- „Politische Partizipation ist eine Verpflichtung“
- „Diskussionen, Engagement, Wählen gehen, sich informieren, mit Politikern ins Gespräch kommen“
- „dass man sich aktiv in die Gesellschaft einbringen muss und die "Ist-Situation" nicht als gegeben hinnehmen“
- „im täglichen Leben immer wieder das Gespräch suchen, offen sein muss, eigene Meinung vertreten soll und zu seiner Meinung stehen“
- „dass es sehr wichtig ist, dass sich die Jugend für Politik interessiert“
- „dass man sich in politischen Parteien engagieren sollte“

Der Kontakt zwischen dem GESW und ATACJL besteht fort. Im Frühjahr 2018 erfuhr die deutsche Seite, dass einige der tunesischen jungen Erwachsenen, die am Austauschprogramm seit 2013 teilgenommen hatten, bei der Kommunalwahl in Tunesien kandidierten. Das Leitungsteam fühlt sich nicht zuletzt dadurch in seiner Arbeit bestätigt. Denn es zeigt, dass die Handwerkszeuge politischer Partizipation verstanden wurden und sich die Teilnehmer*innen in der Lage fühlen, diese im Rahmen ihres sozialen und politischen Engagements im Heimatland umzusetzen.

Navina Engelage
GESW e.V.